

FAKten statt Falschmeldungen

» In den letzten Wochen und Monaten sind viele unrichtige bzw. nicht vollständige Informationen betreffend der Ertragsanteile, der Gemeindebeiträge und Gemeindefinanzen von anderen Parteien verbreitet worden. Wir wollen diesen Parteien bzw. deren handelnden Personen keine bösen Absichten unterstellen, aber vermutlich sind Verständnislücken bezüglich dieses Themas vorhanden. Darum haben wir uns als SPÖ Landesorganisation Burgenland entschieden, die Fakten richtig darzustellen!

Der SPÖ Burgenland ist es wichtig, die Fakten richtig darzustellen – wir setzen darauf, zu informieren statt zu skandalisieren!

Wie steht es wirklich um die Zukunft unserer Gemeinden?

Immer mehr Gemeinden geraten unter finanziellen Druck. Doch das betrifft nicht nur das Burgenland, es ist ein österreichweites Phänomen, das sich quer durch alle Bundesländer zieht und die kommunale Handlungsfähigkeit in Österreich zunehmend einschränkt.

- » Laut KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) können bis Ende 2025 bis zu 40 % der Gemeinden in Österreich ihre laufenden Ausgaben nicht mehr aus eigener Kraft decken!
- » Unter den bestehenden Rahmenbedingungen werden bis 2027 nur sehr wenige Gemeinden in Österreich über die finanziellen Mittel verfügen, um Investitionen umzusetzen.
- » **Besonders betroffen:** Kärnten, dort stoßen alle Gemeinden an ihre finanziellen Grenzen.

» Im ÖVP und FPÖ regierten Niederösterreich werden landesweit 300 Mio. Euro auf Kosten der Bevölkerung eingespart – besonders betroffen sind die Kinderbetreuung sowie die Bereiche Gesundheit und Soziales.

» In der FPÖ geführten Steiermark werden als Sparmaßnahme Krankenhausabteilungen zusammengelegt, anstatt das geplante Leitspital zu bauen. Gespart wird bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung – also genau dort, wo es die Menschen am meisten trifft.

Warum wird das Geld in den Gemeinden weniger?

- » Die Ertragsanteile vom Bund stagnieren seit Jahren.
- » Gleichzeitig frisst die Inflation (Teuerung) die Budgets der Gemeinden auf. Allein von 2021 bis 2025 stiegen die Preise um fast 24 % – die Gemeindeertragsanteile vom Bund in diesem Zeitraum nur um 14 %. **Allein dieser Vergleich zeigt deutlich:** Während die Kosten unaufhaltsam steigen, hinken die Bundesertragsanteile für die Gemeinden weit hinterher.

Was sind „Gemeindebeiträge“ und wofür werden sie verwendet?

Die „Gemeindebeiträge“, von denen die ÖVP und FPÖ im Burgenland sprechen, sind keine „Strafsteuer“ des Landes, sondern gesetzlich festgelegte Kostenbeteiligungen der Gemeinden an Leistungen in unserem Bundesland. In vielen Fällen handelt es sich um Leistungen, die von der Gemeinde bereit-zustellen wären, jedoch im Sinne der Kostenteilung auf Gemeinden und Länder aufgeteilt werden. Damit werden Dinge bezahlt, die jede Gemeinde dringend braucht:

- » **Spitäler:** Gemeinden im Burgenland zahlen 10 % des finanziellen Abgangs, das Land 90 %. (Bsp. Niederösterreich: Teilung zw. Land und Gemeinden 50/50)



FAKten statt Falschmeldungen

» **Sozial-, Behinderten- und Jugendhilfe:** Gemeinden tragen 50 % der Kosten, das Land 50 %. Damit werden Pflegeheime, Familienhilfe, mobile Pflege und Unterstützung für Menschen mit Behinderung bezahlt. Dazu zählen auch Leistungen in der Hauskrankenpflege und Altenbetreuung, die von Organisationen wie Volkshilfe, Caritas, Hilfswerk, Diakonie, etc. erbracht werden.

» **Rettung und Sanität:** Jede Gemeinde zahlt einen fixen Beitrag pro Einwohner:in für Notarzt und Rettungsdienste. Damit wird unter anderem der örtliche Rettungsdienst wie z.B. das Rote Kreuz finanziert.

» **Personalkosten der Musikschulen:** 20 % dieser Kosten werden von den Gemeinden getragen, der Rest übernimmt das Land.

» **Tierkörperverwertung:** Für das Einsammeln und die Entsorgung von toten Tieren wird pro Einwohner:in ein Gemeindebeitrag eingehoben.

! Ohne diese Beiträge gäbe es keine funktionierende Gesundheitsversorgung, keine Kinder- und Jugendhilfe, keinen Rettungsdienst und keine Musikschulen!

Die Wahrheit über die Gemeindebeiträge

Diese Kostenbeteiligungen gibt es seit Jahrzehnten und sie wurden im Burgenland von SPÖ und ÖVP einstimmig beschlossen. Es ist also falsch und verwerflich, wenn ÖVP und FPÖ jetzt so tun, als wäre das eine „Erfindung“ der jetzigen SPÖ-Landesregierung.

Das in allen Bundesländern bewährte System stellt sicher, dass alle (egal ob sie in einer großen oder kleinen Gemeinde wohnen) auf gute Leistungen zählen können.

Wichtig zu wissen: Die finanziellen Beiträge der Gemeinden betreffen ausschließlich gesetzlich geregelte Aufgaben wie Pflege, Spitäler, Rettungsdienste und Musikschulen. Sie dienen der Absicherung zentraler sozialer und gesundheitlicher Leistungen für die Bevölkerung. Andere Investitionen des Landes, wie z. B. der öffentliche Verkehr, werden nicht von den Gemeinden mitfinanziert. **Die Behauptungen der burgenländischen Oppositionsparteien in diesen Darstellungen sind schlichtweg falsch.**

Fazit

Das Land Burgenland sorgt dafür, dass Pflege, Gesundheit, Jugendhilfe und Rettung funktionieren. Diese Leistungen kosten Geld, sind aber unverzichtbar für die Menschen und kommen uns allen zugute. **Gerade die ÖVP und FPÖ im Burgenland, die die gesetzlich vorgeschriebenen Kostenbeiträge der Gemeinden ständig kritisieren, fordern im Gegenzug zusätzliche Leistungen und Ausbauten im Sozialbereich.** Das ist widersprüchlich.

Die finanziellen Probleme der Gemeinden kommen nicht vom Land, sondern von **zu geringen Ertragsanteilen vom Bund** und von der **Teuerung**. Sie betreffen alle Gemeinden in Österreich.

Quellenangaben

» **Quelle 1:** „Nicht zahlungsfähig – Bankrottwelle rollt durch Kärntner Gemeinden“ | krone.at

» **Quelle 2:** „Gemeindefinanzprognose: Trotz zusätzlichem Gemeindepaket weiterhin kritische Finanzsituation bei Gemeinden“ | KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung

» **Quelle 3:** „Gemeindefinanzen bis 2027: Finanzielle Spielräume der Gemeinden auf Niveau des Krisenjahres 2020“ | KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung